

Offener Brief zum Reformbedarf bei der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II

Berlin, den 10.06.2010

*An die Mitglieder und stellv. Mitglieder des
Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschusses für Arbeit und Soziales
die Berliner Mitglieder des Deutschen Bundestages*

*An die Mitglieder des
Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie,
Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Frauen
Ausschusses für Integration, Arbeit, Berufliche Bildung, Soziales
im Abgeordnetenhaus von Berlin*

***Dringend - Reformbedarf bei der "Bedarfsgemeinschaft" nach SGB II Bitte um
Behandlung in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages***

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

*das Berliner Bündnis "Arbeitsgemeinschaft Frauen-Arbeit-Politik - AG FAP", ein
überparteiliches Bündnis frauenpolitischer Verbände, Organisationen, Initiativen und
Personen in Berlin bittet Sie dringend um Reformen bei der sog. "Bedarfsgemeinschaft" im
SGB II (SGB II).*

Die hier aufgeführten Organisationen und Unterstützerinnen konstatieren mit Sorge:

- ³⁵₁₇ *das bisherige Verfahren der Bedarfsermittlung muss dringend überdacht werden, weil
es vor allem an den Bedürfnissen von Kindern völlig vorbeigeht (s. auch Kritik des
Bundesverfassungsgerichts);*
- ³⁵₁₇ *das neue Unterhaltsrecht ist auf Eigenständigkeit ausgerichtet, das SGB II dagegen
nicht - es stellt damit einen Wertungswiderspruch zwischen zwei gesetzlichen
Bestimmungen dar;*
- ³⁵₁₇ *Hartz IV und die Regeln der Bedarfsgemeinschaft gefährden die Bildung solidarischer
Lebensgemeinschaften;*
- ³⁵₁₇ *Frauen und Kinder sind überproportional betroffen;*

***Die AG FAP fordert deshalb den Ersatz der Bedarfsgemeinschaft durch individuelle
Ansprüche, u.a.***

- ³⁵₁₇ *Rücknahme der Unterhaltsvermutung,*
- ³⁵₁₇ *klare Abgrenzung der Anspruchsberechtigungen in der Familie/Lebenspartnerschaft
wie in anderen EU-Staaten;*
- ³⁵₁₇ *Arbeitsförderung und soz. Dienstleistungen als individuellen Rechtsanspruch
gestalten;*
- ³⁵₁₇ *mit dem Ziel der ökonomischen und sozialen Eigenständigkeit für Frauen;*
- ³⁵₁₇ *einer Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik im SGB II als Investition in die Zukunft
durch Integration und soziale Wirtschaftsentwicklung: u.a. Ausbau einer
unterstützenden und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung.*

In der Anlage erhalten Sie die EntschlieÙung. Wir bitten Sie dringend, dieses Anliegen baldmöglichst in den dafür zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu beraten und sich für eine Reform des SGB II in diesem Sinne einzusetzen.

Anlage: [EntschlieÙungstext](#)